

## Niederschrift

### Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 22.09.2020
<b>Sitzungsbeginn</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende</b>	21:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

#### Anwesende:

Frau Doris Grote

Herr Sönke Siebke

Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin

Frau Angelika Hahn-Fricke

Vertretung für: Herrn Kurt Bar-  
kowsky

Herr Matthias Malassa

Herr Martin Ahrens

Frau Rita Marcussen

Frau Hella Dorando-Marsch

Herr Arne Hansen

Herr Klaus-Peter Schroeder

Herr Heiko Evermann

Herr Toni Köppen

Herr Holger Weihe

Herr Rainer Schuchardt

Vertretung für: Herrn Thomas  
Thedens

Herr Klaus Stuber Kreissenioresenbeirat

Herr Arne-Michael Berg

Herr Claus Peter Dieck Kreispräsident

Frau Prof. Dr. Ulrike Täck 2. stv. Kreispräsidentin

Frau Rosemarie Jahn

Herr Wrage Geschäftsführer WKS

Herr Landrat Schröder

Herr Gerberding FBL Zentrale Steuerung

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Hartmann FDL Kreisplanung, Regionalmanage- bis 18:50  
ment, Klimaschutz

Frau Lexau FDL Technisches Gebäudemanagement

Frau McGregor FDL Finanzen

Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprü-  
fung

Herr Hartung Finanzen  
Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte bis 19:25  
Herr Schmitt Gremien, Kommunikation, Controlling  
Herr Schössow Rechnungsprüfung/Gemeindeprüfung  
Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling  
Herr Sparringa Protokoll

Abwesende:

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat -  
Herr Thomas Thedens -

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
  - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2020
  - 2.3 Informationen des Landrates
  - 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
  - 3.1 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Janusz-Korczak-Schule"  
Vorlage: DrS/2019/293-1
  - 3.2 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Schule am Hasenstieg"  
Vorlage: DrS/2019/296-1
  - 3.3 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Traveschule"  
Vorlage: DrS/2019/297-1
  - 3.4 Datennetz zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Berufsbildungszentrum Norderstedt  
Vorlage: DrS/2020/188

- 3.5 Modernisierung Schulhof, Berufsbildungszentrum Bad Segeberg  
Vorlage: DrS/2020/189
- 3.6 Errichtung eines Fahrradschuppens am Berufsbildungszentrum Norderstedt  
Vorlage: DrS/2020/171-1
- 3.7 Grundsaniierung Kfz-Zulassungsstelle Norderstedt  
Vorlage: DrS/2018/170-2
- 3.8 Vorbereitungskurse zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses für junge Erwachsene (18+) und Erwachsene im Kreis Segeberg in Trägerschaft des VHS Henstedt-Ulzburg e. V. ab 2021  
Vorlage: DrS/2020/160
- 3.9 Durchführung des Projekts "Stadt der Kinder" durch den Kreisjugendring Segeberg e.V. - Förderung ab 2021  
Vorlage: DrS/2020/157
- 3.10 1. Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg rückwirkend zum 01.08.2020  
Vorlage: DrS/2020/193
- 3.11 Neufassung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg zum 01.01.2021  
Vorlage: DrS/2020/195
- 3.12 Interkommunales Antragsverfahren für Schülerfahrkarten mit den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg  
Hier: Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg zur Aufgabenübertragung des Listenschülerverfahrens  
Vorlage: DrS/2020/061-1
- 3.12.1 Interkommunales Antragsverfahren für Schülerfahrkarten mit den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg  
Vorlage: DrS/2020/061-2
- 3.13 Bewegungslotse  
Vorlage: DrS/2020/155
- 3.14 Antrag der CDU-Fraktion auf einen Zuschuss für das Schulungszentrum Norderstedt: Anschaffung von Geräten und Pflegematerialien  
Vorlage: DrS/2020/174
- 3.14.1 Antrag der CDU-Fraktion auf einen Zuschuss für das Schulungszentrum Norderstedt: Anschaffung von Geräten und Pflegematerialien  
Vorlage: DrS/2020/174-1

- 3.15 Einführung einer "Gemeindeschwester" auf Amtsebene - Rahmenkonzept  
Vorlage: DrS/2020/178
- 3.16 Beendigung des Gebietsabtretungsvertrages für die Notfallrettung und den Krankentransport mit der Stadt Neumünster zum 31.12.2020  
Vorlage: DrS/2020/152
- 3.17 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017  
Vorlage: DrS/2019/021-1
- 3.17.1 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017  
Vorlage: DrS/2019/021-2
- 3.18 VGN GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages  
Vorlage: DrS/2020/164
- 3.19 Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung zur Übertragung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die Linie U1 zwischen den Haltestellen Norderstedt-Garstedt und Norderstedt-Mitte auf die Stadt Norderstedt  
Vorlage: DrS/2019/080-2
- 3.20 WKS - Verlängerung des Betrauungsaktes  
Vorlage: DrS/2020/101-1
- 3.21 WKS GmbH - Anpassung des Gesellschaftsvertrags  
Vorlage: DrS/2020/170
- 3.22 Antrag der CDU Fraktion auf eine langfristige Bedarfsanalyse für Fachkräfte beim Kreis Segeberg und Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für junge Menschen  
Vorlage: DrS/2020/207
- 3.23 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen in den Fachbereichen L, I, III, V im Haushaltsjahr 2019  
Vorlage: DrS/2020/205
- 3.24 Jahresabschluss 2019 des Kreises Segeberg  
Vorlage: DrS/2020/199
- 4 Berichte/Informationen
  - 4.1 Sachstand August 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013  
Vorlage: DrS/2020/202

- 4.2 Bericht über die OZG-Referenzprozesse im Fachbereich Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit  
Vorlage: DrS/2020/165
- 4.3 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS) für die Wirtschaftsjahre 2015 - 2019  
Vorlage: DrS/2020/185
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Anfragen
  - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

**(nichtöffentlich)**

- 7 Ernennung der Fachbereichsleitung "Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit"  
Vorlage: DrS/2020/172-1
- 8 Aufnahme der Budgetverhandlung mit dem WZV für den Zeitraum 2022-2026  
Vorlage: DrS/2020/191
- 9 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

**(öffentlich)**

- 10 Nachgereichte Vorlagen
  - 10.1 4. Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land  
Vorlage: DrS/2020/209
  - 10.2 4. Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land  
Vorlage: DrS/2020/209-1

**Protokoll:**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)****zu 1      Einwohnerfragestunde I**

Frau Bürger erkundigt sich, wie zuverlässig die im Jugendhilfeausschuss genannte Zahl sei, dass über 80 % der Tagespflegepersonen künftig besser gestellt seien. Nach ihrer Kenntnis hätten nicht alle Tagespflegepersonen den Fragebogen richtig ausgefüllt und teilweise sei als Einkommen nur der Kreiszuschuss eingetragen worden. Herr Stankat führt aus, dass ihm die konkrete Zahl der Fragebogen-Rückläufer nicht bekannt sei und die Verwaltung die Berechnungen selbstverständlich nur auf Grundlage der angegebenen Einkommen durchführen konnte. Bei 10 Wochen Ausfallzeit seien etwa 80 % der Tagespflegepersonen künftig besser gestellt. Im Falle von nur 6 Wochen Ausfallzeit sei dies sogar bei über 90 % der Fall. Vom Land sei Ende 2021 eine Evaluation vorgesehen, bei der neben finanziellen auch Qualitätsaspekte geprüft werden sollen.

Frau Bürger möchte weiter wissen, was mit den Geldern passiere, die bei Ausfallzeiten an den Kreis zu erstatten seien und mit den monatlichen Elternbeiträgen, die durchgängig 12 Monate bezahlt werden. Herr Stankat erklärt, dass künftig die freiwilligen Zuschüsse der Kommunen von z.B. 1 €/Stunde voraussichtlich von diesen nicht mehr gezahlt werden, obwohl dies durchaus zulässig sei, da die Kommunen erstmals zur Mitfinanzierung der Kindertagespflege im SQKM-System gesetzlich verpflichtet sind. Die Erhebung von zusätzlichen Elternbeiträgen sei nicht mehr zulässig, weil für Tagespflege oder Kita dann landesweit einheitliche Elternbeiträge zu zahlen seien. Erstattete Gelder für Ausfallzeiten sowie die durchgängig gezahlten Elternbeiträge werden zur Refinanzierung des Gesamtsystems verwendet.

Frau Masurat merkt an, dass Bescheide je nach Sachbearbeiter unterschiedliche Berechnungsgrundlagen enthalten würden. So würde teilweise jeder Monat mit 30 Tagen berechnet, während ein anderer Bescheid die tatsächliche Anzahl der Tage/Monat berücksichtige. Frau Lessing verweist darauf, dass dies keine Frage ist, die der Ausschuss beantworten könne und bittet darum, dieses mit der Verwaltung zu klären. Dies sichert Herr Stankat zu.

Frau Schöning regt an, künftig Pauschalen auszuzahlen, da dieses die Verwaltung entlasten würde. Das Land habe freigestellt, ob eine monatliche Spitzabrechnung erfolge, so Herr Stankat. Jedoch müsse mit dem Land ohnehin monatlich konkret abgerechnet werden, so dass keine Mehrarbeit für die Verwaltung entstehe. Denkbar sei jedoch, monatlich Abschläge auszuzahlen und am Jahresende einmal abzurechnen, dies sei verwaltungsseitig noch zu klären. Zurzeit würden aufgrund der zahlreichen Änderungen im System Abschläge auf der Grundlage der letzten Ab-

rechnungen gezahlt, so dass keine Tagesmutter um ihre Existenz bangen müsse. Anderslautende Vorhaltungen sind von der Verwaltung zurückzuweisen.

Frau Rahimi bemängelt, dass die Sachkostenpauschale pro Betreuungsstunde von 1,73 € auf 1,10 € gesenkt worden sei, obwohl die laufenden Kosten für Strom, Miete usw. stetig steigen würden. Weiter werde vom Finanzamt die monatliche Betriebskostenpauschale bei Ausfallzeiten nicht berücksichtigt, was zu steuerlichen Einbußen führe. Herr Stankat sehe das steuerliche Problem ebenfalls, jedoch könne dieses nicht der Kreis lösen, hier müsse man selbstständig mit der Finanzverwaltung eine Lösung finden. Weiter führt er aus, dass bereits jetzt eine erhöhte Sachkostenpauschale von 1,33 Euro/Stunde bei separaten Mietaufwendungen für die Kindertagespflege möglich sei.

## **zu 2      Formalien**

### **zu 2.1    Genehmigung der Tagesordnung**

Der Landrat teilt mit, dass TOP 7 abgesetzt werden kann, da kein Bewerber gefunden wurde.

Frau Grote weist auf die nachgereichten Vorlagen unter TOP 10.1. und 10.2. Hier bestehe Dringlichkeit, da vom Land nur eine Rückmeldefrist von einem Monat eingeräumt worden sei und ein Kreistagsbeschluss notwendig sei.

Die Tagesordnung wird mit den Änderungen einstimmig genehmigt.

### **zu 2.2    Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.08.2020**

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

### **zu 2.3    Informationen des Landrates**

Der Landrat berichtet über folgende Themen:

- Mit Stand 27.8. seien dem Kreis 292 Flüchtling zugewiesen worden. Bis zum Jahresende sei mit 430 bis 450 Personen zu rechnen. Es werden verstärkt Menschen aus Schackendorf auf die Kommunen verteilt.
- Die aktuelle Steuerschätzung liegt vor, diese sei besser als befürchtet.
- Auf Grundlage der Gigabit-Studie werde jetzt mit den Kommunen gemeinsam versucht, die Versorgung weiter voranzutreiben. In der Lenkungsgruppe werde ein Vorschlag unterbreitet.
- Frau Höppner-Reher wurde zu einer der 7 Sprecherinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gewählt.
- Der Schuldenstand ist dem Protokoll beigefügt.
- Frau McGregor ergänzt, dass der AK Zins- und Schuldenmanagement am 11.09.2020 getagt habe. Ein Bericht hierüber ist dem Protokoll beigefügt.

## zu 2.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten

Der Kreispräsident informiert darüber, dass die Kreistagssitzung im Landgestüt Traventhal stattfinden wird. Die SE-Kulturtag finden noch bis 27.09.2020 statt. Herr Kütbach ist aufgrund einer neuen Tätigkeit beim Landesturnverband als Vorsitzender des VJKA zurückgetreten, seine Nachfolge hat Hauke von Essen übernommen.

## zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

### zu 10.1 4. Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land Vorlage: DrS/2020/209

Die Beschlussfassung erfolgte unter TOP 10.2.

### zu 10.2 4. Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land Vorlage: DrS/2020/209-1

Herr Hartmann führt in die Vorlage ein und erläutert, dass sich inhaltlich kaum Änderungen ergeben hätten. Es habe lediglich Größenänderungen bei 8 Flächen gegeben, außerdem sei eine zusätzliche Fläche in Schmalfeld wieder aufgenommen worden, die in vorangegangenen Planungen bereits enthalten war.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Entwürfe der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans 2010 und der Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III zur Ausweisung von Vorranggebieten mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung an Land werden zur Kenntnis genommen. Grundsätzliche Bedenken bestehen zum 4. Entwurf des Regionalplans III nicht. Auf die Stellungnahme der Verwaltung des Kreises Segeberg als Träger öffentlicher Belange wird verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE			1	1
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>12</b>

**zu 3.1 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts  
Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Janusz-Korczak-Schule"  
Vorlage: DrS/2019/293-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 87.000 € für das Haushaltsjahr 2021 unter Berücksichtigung der Einnahme der Fördermittel in Höhe von 93.500 € im Haushaltsjahr 2022.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

**zu 3.2 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts  
Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Schule am Hasenstieg"  
Vorlage: DrS/2019/296-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 80.500 € für das Haushaltsjahr 2021 unter Berücksichtigung der Einnahme der Fördermittel in Höhe von 88.400 € im Haushaltsjahr 2022.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.3 Erweiterung Datennetzwerk zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Förderzentrum "Traveschule" Vorlage: DrS/2019/297-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 42.500 € für das Haushaltsjahr 2021 unter Berücksichtigung der Einnahme der Fördermittel in Höhe von 73.100 € im Haushaltsjahr 2022.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.4 Datennetz zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019-2024 im Berufsbildungszentrum Norderstedt Vorlage: DrS/2020/188**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der zusätzlichen investiven Mittel in Höhe von 876.000 € für das Haushaltsjahr 2021, unter Berücksichtigung der Einnahme der Fördermittel in Höhe von 234.600 €, im Haushaltsjahr 2022.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.5 Modernisierung Schulhof, Berufsbildungszentrum Bad Segeberg Vorlage: DrS/2020/189**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 330.000 € für das Haushaltsjahr 2021.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

**zu 3.6 Errichtung eines Fahrradschuppens am Berufsbildungszentrum  
Norderstedt  
Vorlage: DrS/2020/171-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 63.000 € für das Haushaltsjahr 2021.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt, die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

**zu 3.7 Grundsanie rung Kfz-Zulassungsstelle Norderstedt  
Vorlage: DrS/2018/170-2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Bereitstellung der investiven Mittel in Höhe von 750.000 € für das Haushaltsjahr 2021.

Die im Haushaltsentwurf 2021 eingeplanten Mittel werden zu 40% als Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt.

Der Fachdienst 11.60 wird beauftragt die Baumaßnahme wie beschrieben umzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.8 Vorbereitungskurse zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses für junge Erwachsene (18+) und Erwachsene im Kreis Segeberg in Trägerschaft des VHS Henstedt-Ulzburg e. V. ab 2021 Vorlage: DrS/2020/160**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt einer Verlegung der Förderung eines kreisweiten Vorbereitungskurses zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses für junge Erwachsene (18+) und Erwachsene im Kreis Segeberg in Trägerschaft des VHS Henstedt-Ulzburg e. V. in das Jahr 2021 zu.

Bedingt durch die Covid-19-Pandemie kann der Vorbereitungskurs zur Erlangung des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses im Jahr 2020 nicht begonnen werden.

Die Mittelbereitstellung im Haushalt 2021 ist analog zum Haushalt 2020 (Drs/2019/092) vorzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.9 Durchführung des Projekts "Stadt der Kinder" durch den Kreisjugendring Segeberg e.V. - Förderung ab 2021 Vorlage: DrS/2020/157**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreisjugendring Segeberg e.V. (KJR) wird beauftragt in den Jahren 2021-2025 das Demokratieprojekt „Stadt der Kinder“ auf dem Zeltplatz Wittenborn weiterzuführen.

Der KJR wird verpflichtet, mindestens 1/3 der jährlichen Gesamtkosten durch Teilnehmerbeiträge (gem. Kalkulation rd. 11.400 EUR), durch geleistete ehrenamtliche Arbeit, Drittmittel (Spenden) und ggf. Eigenanteil (gem. Kalkulation gerundet 4.700 EUR) zu finanzieren.

Der KJR erhält in diesen Jahren eine Projektförderung in Höhe von höchstens 36.000 EUR jährlich nach der Richtlinie für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg. Insofern wird eine Ausnahme nach Ziff. 3.7 der Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg beschlossen.

Der KJR wird gebeten, auf Basis dieses Beschlusses, einen neuen Finanzierungsplan vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Vertrag mit dem KJR abzuschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>	<b>1</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.10 1. Änderung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg rückwirkend zum 01.08.2020 Vorlage: DrS/2020/193**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die 1. Änderung der Satzung des Kreises Segeberg zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) wird rückwirkend zum 01.08.2020 in Form des beigefügten Entwurfes (Anlage 1) beschlossen. Ein überplanmäßiger Mehraufwand von bis zu 300 TEUR im Haushaltsjahr 2020 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu 3.11 Neufassung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Segeberg zum 01.01.2021 Vorlage: DrS/2020/195**

Herr Köppen spricht sich dafür aus, erst zu einem späteren Zeitpunkt einen Beschluss zu fassen und die weitere Entwicklung abzuwarten. Gegebenenfalls können noch haushaltsrelevante Aspekte berücksichtigt werden. Herr Schroeder verweist auf die Ausführungen von Herrn Stankat während der Einwohnerfragestunde, dass über 80 % der Tagespflegepersonen künftig besser gestellt sein werden und dass Ende 2021 ohnehin eine Evaluation geplant sei.

Auf Antrag der WI-SE wird zunächst über die Variante b) abgestimmt.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Neufassung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) wird zum 01.01.2021 in Form des beigefügten Entwurfes beschlossen, und zwar alternativ

b) mit der Maßgabe, dass die Sachkostenpauschale als freiwillige Leistung des Kreises Segeberg um 30 Cent pro Kind und Betreuungsstunde erhöht wird,

### **Abstimmungsergebnis zu Variante b):**

Mehrheitlich abgelehnt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **Beschlussvorschlag:**

Die Neufassung der Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 und § 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) wird zum 01.01.2021 in Form des beigefügten Entwurfes beschlossen, und zwar alternativ

- a) mit der Maßgabe, dass keine zusätzlichen, freiwilligen Geldleistungen durch den Kreis Segeberg gewährt werden,

### **Abstimmungsergebnis zu Variante a):**

Mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen			2	2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
<b>Gesamt</b>	<b>8</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>12</b>

### **zu 3.12 Interkommunales Antragsverfahren für Schülerfahrkarten mit den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg Hier: Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg zur Aufgabenübertragung des Listenschülerverfahrens Vorlage: DrS/2020/061-1**

Auf Nachfrage von Herrn Köppen erläutert der Landrat, dass die Schulträger noch keine Kenntnis über den Vertragsentwurf erhalten hätten, da dieser erst kurz vor der Sitzung vom beauftragten Rechtsanwalt fertiggestellt worden sei. Bisher hätte sich aber keine Kommune negativ über das Vorhaben geäußert.

Frau Marcussen erkundigt sich, ob mit weiteren Kosten außer den genannten 85.000 € Projektkosten zu rechnen sei. Der Landrat erklärt, dass laufende jährliche Kosten in Höhe von ca. 7 bis 10 € pro Schüler zu erwarten seien. Dieses entspräche einem jährlichen Betrag von 60.000 bis 85.000 €.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Segeberg überträgt die Aufgabe der Bearbeitung des Antragsverfahrens für Schülerfahrkarten (Listenschülerverfahren) zum Schuljahr 2021/2022 per öffentlich-rechtlichen Vertrag unbefristet auf den Kreis Herzogtum Lauenburg. Die einmaligen und die laufenden Kosten übernimmt der Kreis Segeberg entsprechend den Ausführungen im Sachverhalt.

Die endgültigen Regelungen werden im Zuge der weiteren Beschlussfassungen der Gremien der beteiligten Kreise sowie der Schulträger über den konkreten Vertrag beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### **zu Interkommunales Antragsverfahren für Schülerfahrkarten mit den 3.12.1 Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg Vorlage: DrS/2020/061-2**

Beratung s. TOP 3.12

### **Beschlussvorschlag:**

a) Der Kreis Segeberg schließt mit jedem Schulträger und Schulverband im Kreis Segeberg einen Aufgabenübertragungsvertrag gemäß dem Vertragsentwurf der Anlage 2 zur DrS 2020/061/-2 ab. Der Vertrag wird seitens der Vertragspartner ggfs. noch im Einzelnen ergänzt. Mit dem Vertrag wird die Antragsbearbeitung sowie die Ausgabe von Schülerfahrkarten und die damit verbundenen weiteren Prozessschritte seitens der Schulträger und Schulverbände auf den Kreis Segeberg übertragen

b) Der Kreis Segeberg überträgt die Antragsbearbeitung sowie die Ausgabe von Schülerfahrkarten und die damit verbundenen weiteren Prozessschritte per öffentlich-rechtlichem Vertrag gemäß dem Vertragsentwurf der Anlage 1 zur DrS 2020/061/-2 auf den Kreis Herzogtum Lauenburg. Der Vertrag wird seitens der Vertragspartner ggfs. noch im Einzelnen ergänzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>12</b>

### zu 3.13 Bewegungslotse Vorlage: DrS/2020/155

Frau Hahn-Fricke hält die Arbeit der Bewegungslotsen nicht für zielführend, da es aus ihrer Sicht ausreichend viele professionelle Sportangebote z. B. durch Sportvereine gebe. Herr Köppen spricht sich dafür aus, das Projekt durchzuführen und anschließend zu evaluieren. Herr Weihe gibt zu bedenken, dass Prävention nicht berechenbar sei und es für die körperliche und seelische Gesundheit der Menschen wichtig sei, dass sie sich bewegen. Die Modellkommunen könnten ein positives Beispiel für andere Kommunen sein. Auch Herr Schroeder und Frau Lessing sprechen sich dafür aus, das Projekt zu starten, da es unmittelbar zum Projekt KOMBINE gehöre und es wichtig sei, der Bewegungsarmut der Bevölkerung entgegenzuwirken.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Projektantrag zur Förderung von Bewegungslotsen bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung einzureichen und in den nachfolgenden Jahren entsprechend umzusetzen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>5</b>		<b>12</b>

### zu 3.14 Antrag der CDU-Fraktion auf einen Zuschuss für das Schulungszentrum Norderstedt: Anschaffung von Geräten und Pflegematerialien Vorlage: DrS/2020/174

Frau Hahn-Fricke erkundigt sich, ob das Institut für berufliche Bildung gGmbH inzwischen einen eigenen Antrag eingereicht hat. Dies wird seitens der Verwaltung verneint. Frau Hahn-Fricke zieht den Antrag deshalb zurück und kündigt an, in einer der nächsten Sitzungen erneut darüber beraten zu wollen. Herr Schroeder bittet im Falle einer erneuten Antragstellung darum, konkret über die Finanzierung des Instituts zu informieren und warum diese Anschaffungen nicht gedeckt seien.

### zu 3.14.1 Antrag der CDU-Fraktion auf einen Zuschuss für das Schulungszentrum Norderstedt: Anschaffung von Geräten und Pflegematerialien Vorlage: DrS/2020/174-1

s. TOP 3.14

### **zu 3.15 Einführung einer "Gemeindeschwester" auf Amtsebene - Rahmenkonzept**

**Vorlage: DrS/2020/178**

Frau Hahn-Fricke informiert, dass die CDU-Fraktion eine Gemeindeschwester für präventive Arbeit nicht für notwendig halte, da insbesondere in kleineren Gemeinden viel Nachbarschaftshilfe stattfinde. Die medizinische Versorgung der älteren Menschen sei wichtiger und der Bund verabschiede gerade ein Gesundheitspaket mit ähnlichen Ansätzen. Dieses solle abgewartet werden, für das Rahmenkonzept sei keine Eile geboten. Den Begriff Gemeindeschwester halte sie in diesem Zusammenhang für irreführend und falsch.

Herr Köppen gibt zu bedenken, dass in den Gemeinden durch die vielen Zuzüge die vorhandenen Nachbarschaftsstrukturen kaum mehr vorhanden seien und es deshalb wichtig sei, dass ältere Menschen Hilfe bekommen könnten. Hier gehe es nur um die Erstellung eines Rahmenkonzepts, Spezifizierungen seien zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Frau Jahn ergänzt, dass in den kleinen Gemeinden oft die gesamte Infrastruktur fehle, durch die früher Kontakte gehalten wurden. So gebe es weder Einkaufsmöglichkeiten noch Ärzte vor Ort.

Frau Lessing erinnert daran, dass das Projekt von Fachleuten positiv eingestuft werde und der Name Gemeindeschwester lediglich ein Arbeitstitel sei, der angepasst werden könnte. Auch Herr Stuber spricht sich für das Projekt aus, da Kümmerer für die Belange der älteren Menschen fehlen. Herr Evermann bezweifelt, ob es sich um eine Kreisaufgabe handele, die bei einer späteren Ausdehnung auf den gesamten Kreis zudem sehr viel Geld kosten werde. Herr Schroeder erklärt, dass durch das Projekt längerfristig gleiche Strukturen im Kreis geschaffen würden. Gleichwohl sei auch die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung wichtig.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt das Rahmenkonzept zur modellhaften Erprobung präventiver Hausbesuche und seniorenbezogener Sozialraumarbeit auf Amtsebene gemäß Ziff. 2 der DrS/2020/178 und beauftragt die Verwaltung, auf der Basis dieses Konzeptes die weiteren Umsetzungsschritte vorzunehmen, insbesondere die Auswahl des/der Projektraumes/-räume den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU		4		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD		1		1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>7</b>	<b>5</b>		<b>12</b>

**zu 3.16 Beendigung des Gebietsabtretungsvertrages für die Notfallrettung und den Krankentransport mit der Stadt Neumünster zum 31.12.2020**  
**Vorlage: DrS/2020/152**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:

Der mit der Stadt Neumünster am 16.09./13.10.1999 geschlossene Vertrag zur Übertragung der Notfallrettung und Krankentransport in gewissen Gebieten des Kreises Segeberg (Gebietsabtretungsvertrag) wird zum 31.12.2020 außerordentlich gekündigt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

**zu 3.17 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017**  
**Vorlage: DrS/2019/021-1**

s. TOP 3.17.1

**zu 3.17.1 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017**  
**Vorlage: DrS/2019/021-2**

Herr Evermann wiederholt seinen Antrag aus dem UNK, wonach die geförderten privaten Fahrradabstellanlagen mit der Auflage versehen werden, dass diese öffentlich zugänglich sein müssen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg gemäß Anlage „Richtlinie Foerderung Radverkehrsinfrastruktur Kreis Segeberg\_ENTWURF\_2020-09-09\_2“ und bewilligt ein jährliches Budget von 2 Mio. Euro für den Zeitraum 2021 bis einschließlich 2024.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	3			3
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	-			-
AfD		1		1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>9</b>	<b>1</b>		<b>10</b>

### **zu 3.18 VGN GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages Vorlage: DrS/2020/164**

Herr Schmitt führt in die Vorlage ein und empfiehlt, den Beschlussvorschlag anzupassen, da die VGN zwischenzeitlich eine steuerrechtliche Prüfung der Neufassung des Gesellschaftsvertrags durch die Rechtsanwaltsgesellschaft „WETREU“ durchführen lassen hat. Wesentliche Beanstandungen gab es nicht. Zur steuerrechtlichen Klarstellung wurde jedoch empfohlen, im § 7 Abs. 2 Nr. 1.f) des Gesellschaftsvertrags eine Ergänzung vorzunehmen. Daher sollte nach „(...)im Sinne der §§ 291, 292 des Aktiengesetzes“ die Textpassage „unabhängig von der Rechtsform der Gesellschaft“ eingefügt werden. Begründung: Behielte man die jetzige Formulierung unverändert bei, bestünde eine gewisse Gefahr, dass die Finanzverwaltung bei einer Überprüfung nicht das Verständnis der Stadtwerke Norderstedt zur Bedeutung der Klausel teilt, denn der Wortlaut der zitierten Paragraphen des AktG stellt explizit auf die Rechtsform „AG“ oder „KGaA“ (und nicht GmbH) als Organgesellschaft ab.

### **Beschlussvorschlag:**

Der in der Anlage 1 befindlichen Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Verkehrsgesellschaft Norderstedt GmbH (VGN) wird mit folgender Ergänzung zu § 7 Abs. 2 Nr. 1.f) zugestimmt: „unabhängig von der Rechtsform der Gesellschaft“ wird nach „(...)im Sinne der §§ 291, 292 des Aktiengesetzes“ eingefügt.

Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der VGN den notwendigen Beschlüssen zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags zuzustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	-			-
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>			<b>10</b>

**zu 3.19 Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung zur Übertragung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die Linie U1 zwischen den Haltestellen Norderstedt-Garstedt und Norderstedt-Mitte auf die Stadt Norderstedt  
Vorlage: DrS/2019/080-2**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

1. Dem Abschluss der beiliegenden öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der VGN GmbH dem Abschluss des beiliegenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags (Anlage 2) zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	2			2
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>			<b>11</b>

**zu 3.20 WKS - Verlängerung des Betrauungsaktes  
Vorlage: DrS/2020/101-1**

Es werden keine Fragen gestellt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Segeberg verlängert gegenüber der WKS GmbH den beiliegenden Betrauungsakt (Anlage 2) um fünf Jahre bis zum 31.12.2026.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
<b>Gesamt</b>	<b>10</b>	<b>1</b>		<b>11</b>

### **zu 3.21 WKS GmbH - Anpassung des Gesellschaftsvertrags Vorlage: DrS/2020/170**

Es werden keine Fragen gestellt.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der in der Anlage 2 befindlichen Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS) wird zugestimmt.

Der Gesellschaftervertreter, Herr Landrat Schröder, wird mit einer entsprechenden Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der WKS beauftragt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1			1
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>11</b>			<b>11</b>

### **zu 3.22 Antrag der CDU Fraktion auf eine langfristige Bedarfsanalyse für Fachkräfte beim Kreis Segeberg und Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze für junge Menschen Vorlage: DrS/2020/207**

Der Landrat führt aus, dass es nicht möglich sei, Planungen für die nächsten 25 Jahre zu tätigen. Die Entwicklungen seien nicht absehbar, lediglich die altersbedingt Ausscheidenden könnten benannt werden. Ob diese jedoch in 25 Jahren noch Bedienstete des Kreises seien und eventuell vorzeitig in den Ruhestand gehen, sei nicht vorherzusagen.

Herr Gerberding ergänzt, dass für 2021 eine große Personalbedarfsanalyse geplant sei. Die Ergebnisse werden nach Fertigstellung im Hauptausschuss präsentiert. Bis 2023 werden voraussichtlich 53 Stellen altersbedingt frei. Bei einer längerfristigen Planung könnten keine seriösen Zahlen ermittelt werden. Der Kreis Segeberg habe ein gutes Image bei den Bewerbern, dennoch seien Fachkräfte in allen Bereichen schwer zu bekommen. Dies liege unter anderem an den schlechteren Gehaltsbedingungen gegenüber der freien Wirtschaft. Derzeit seien 23 Personen in Ausbildung (10 Verwaltungsfachangestellte, 12 Anwärter im gehobenen Dienst und 1 Fachinformatiker). Laut Aussage des Landrats sei die Kapazitätsgrenze für Auszubildende sowohl räumlich, als auch personell erreicht. Man lege viel Wert auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung, was sich in den letzten Jahren auch durch gute Ergebnisse widerspiegele.

Frau Hahn-Fricke erkundigt sich, ob eine Ausbildung von Ärzten durchgeführt werde, da Frau Hakimpour-Zern dies im letzten OVG angeboten habe. Herr Gerberding führt aus, dass es sich hier um die Verbundweiterbildung zum Facharzt handele, die Ausbildung von Ärzten erfolge ausschließlich an den Unis.

Herr Weihe und Herr Schroeder fassen zusammen, dass seitens der Verwaltung bereits eine umfassende Planung durchgeführt wird und der Antrag somit obsolet sei. Frau Lessing verweist außerdem auf die Vorlage DrS/2018/068 (Personalstrategische Ausrichtung des Kreises) und fragt nach einem Zwischenbericht in 2021. Diesen sagt der Landrat zu.

Frau Grote zieht den Antrag daraufhin zurück.

### **zu 3.23 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen in den Fachbereichen L, I, III, V im Haushaltsjahr 2019 Vorlage: DrS/2020/205**

Herr Köppen kritisiert die überplanmäßigen Ausgaben für die Beschaffung neuer Möbel für neue Mitarbeiter. Dieses seien planbare Ausgaben, er bittet in Zukunft um sorgfältigere Planungen. Frau Grote hätte gerne einen zeitnaheren Bericht über Mehr- und Minderausgaben. Frau McGregor teilt mit, dass dies möglich sei, jedoch müssten ggf. Korrekturen vorgenommen werden, wenn das Rechnungsprüfungsamt Beanstandungen feststelle. Ein möglicher früherer Zeitpunkt wäre nach der Erstellung des Jahresabschlusses, da dann keine großen Veränderungen mehr zu erwarten seien.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt:

Die im Haushaltsjahr 2019 in den Teilbudgets L (Landrat), I (Zentrale Dienste), III (Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit) und V (Immobilienverwaltung) entstandenen überplanmäßigen Aufwendungen über 3.915.934,11 EUR werden gem. § 57 Kreisordnung i.V. mit § 95 d Abs. 1 Gemeindeordnung genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

### **zu 3.24 Jahresabschluss 2019 des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2020/199**

Herr Rüge führt in die Vorlage ein und teilt mit, dass der Jahresabschluss rechtzeitig vom Fachdienst Finanzen fertiggestellt worden sei. Herr Schössow ergänzt, dass die Verwendung des Jahresüberschusses wie am Kreistag beschlossen umgesetzt worden sei. Der Jahresabschluss und der Lagebericht würden ein korrektes Bild des Kreises darstellen.

Herr Köppen erkundigt sich, ob die Forderungen an den Rettungsdienst noch realistisch seien und wann der Prozess zur Fleischbeschau abgeschlossen werden könne. Der Landrat erklärt, dass ein Urteil auf europäischer Ebene abgewartet werden müsse. Beim Rettungsdienst werde ein zeitnaher Ausgleich erhofft.

Der Kreispräsident spricht dem Fachdienst Finanzen seinen ausdrücklichen Dank für die zeitnahe Erstellung des Jahresabschlusses aus. Es sei fast ausnahmslos alles gut erläutert und der Fachdienst begleite die Politik sehr gut. Erfreulich sei die hohe Schuldentilgung. Er stellt einige Fragen, deren Beantwortung Frau McGregor zum Protokoll zusagt (s. u.).

#### ***Beantwortung der Fragen seitens des FD Finanzen:***

##### *Umgang mit den offenen Forderungen aus dem Bereich "Leistungen für Unterkunft und Betreuung" die das Jobcenter für den Kreis bearbeitet*

*Der Fachdienst 50.60 hat vom Jobcenter, das für den Kreis Segeberg den Forderungseinzug für die kommunalen Leistungen "Kosten der Unterkunft und Heizung" (§ 22 SGB II) sowie "Bildung und Teilhabe" (§ 28 SGB II) durchführt, zum Jahresabschluss 2019 eine Aufstellung der offenen Forderungen erhalten. Gemäß dieser Aufstellung lagen bis zum 31.12.2019 offene Forderungen in Höhe von 6.719.742,04 € vor.*

*Diese Forderungen werden vom Jobcenter bearbeitet und werden somit nicht in der Finanzsoftware MACH des Kreises erfasst. Um eine vollständige Erfassung aller offenen Forderungen zu erhalten, wurde der Betrag zum 31.12.2019 in Mach für den Jahresabschluss eingebucht bzw. ab dem Jahresabschluss 2019 werden nur noch die Veränderungen gebucht. Zum Jahresabschluss 2019 haben sich die Forderungen um 236.565,45 € gegenüber dem Vorjahr reduziert.*

*Da die Forderungen aus dem Bereich "Leistungen für Unterkunft und Betreuung" (TP 3121) mindestens seit 2008 bestehen, wird neben der allgemeinen Pauschalwertberichtigung von 1,6 % für alle Forderungen des Kreises für die „Jobcenter-Forderungen“ zusätzlich eine Pauschalwertberichtigung von 38,16 % ermittelt. Der Prozentsatz ergibt sich aus dem Durchschnittswert ab 2012 bis 2019 im Vergleich*

der Jahresanfangsbestände der Forderungen mit den jährlich erfolgten Tilgungen und Absetzungen. Somit erfolgt eine Wertberichtigung in Höhe von 2.565.253,56 €. Auch hier wird nur die Veränderung zum Vorjahr in Höhe von 28.679,48 € gebucht. Neben der Pauschalwertberichtigung wird auch ein Anteil der „Jobcenter-Forderungen“ in Höhe von 25 % als zweifelhaft angesehen. Somit wird ein Betrag in Höhe von 1.679.935,51 € von den sonstigen öffentlichen-rechtlichen Forderungen als zweifelhafte Forderungen dargestellt. Dieser Betrag wird in voller Höhe gebucht.

#### Forderungsaufrechnung mit dem DRK

Im Prüfungsbericht S. 19 steht: Durch die gegenseitige Aufrechnung von Forderungen wird sich der Gesamtrückzahlungsbetrag bei den Liquiditätshilfen allem Anschein nach verringern.

Erläuterung dazu:

Die Krankenkassen hatten zu geringe Entgelte für Rettungsfahrten gewährt. Dadurch gerieten die Durchführer der Rettungsfahrten in Liquiditätsprobleme. Da der Kreis als Träger des Rettungsdienstes für die Durchführung der Rettungsfahrten verantwortlich ist, hat der Kreis den Durchführern (zu der Zeit noch: DRK und dem KBA) jeweils eine Liquiditätshilfe gezahlt. Nach Verhandlungen mit den Krankenkassen, haben diese mittlerweile höheren Entgelten zugestimmt. Entsprechend dem Finanzierungssystem des Rettungsdienstes haben die Krankenkassen die seinerzeitige Unterfinanzierung des Rettungsdienstes durch die vorübergehende Erhöhung der Entgelte ausgeglichen. Diese erhöhten Entgelte sind entsprechend dem Finanzierungssystem im Rettungsdienst an den jetzt beauftragten Durchführer, die RKiSH, geflossen und dort gesondert verbucht worden. Die an die ehemaligen Durchführer DRK und KBA gewährten Liquiditätshilfen sollen im Rahmen der jetzt stattfindenden Schlussabwicklung der damaligen Rettungsdienststruktur unter Berücksichtigung evtl. noch bestehender Forderungen von DRK und KBA aus den oben erwähnten erhöhten Entgelten zurückgeführt werden. Die Verhandlungen hierzu, unter Einbeziehung der Krankenkassen als Kostenträger, befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, haben sich aufgrund der Corona-Pandemie aber leider verzögert.

#### Festwert und überplanmäßiger Aufwand

Gemäß § 37 Abs. 2 GemHVO-Doppik können Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit einer gleichbleibenden Menge und einem gleichbleibenden Wert angesetzt werden, wenn sie regelmäßig ersetzt und ihr Gesamtwert von nachrangig-

*ger Bedeutung ist und der Bestand in seiner Größe, seinem Wert und seiner Zusammensetzung nur geringen Veränderungen unterliegt.*

*Der Kreis hat von dieser Inventurvereinfachungsmöglichkeit Gebrauch gemacht und u.a. ab dem 01.01.2008 einen Festwert für Büroarbeitsplätze gebildet.*

*Im Festwert für Büroarbeitsplätze sind bestimmte Möbelstücke enthalten, die in jedem bzw. in der Mehrheit der Büros vorhanden sind. Zur Ermittlung des Festwertes werden alle drei Jahre die Anschaffungswerte ermittelt, die Preissteigerungsrate per Rückindizierung berücksichtigt und mit dem halben Anschaffungswert im Festwert aktiviert. Es wird der halbe Anschaffungswert verwendet, da man davon ausgeht, dass bei den Möbeln im Durchschnitt die halbe Nutzungsdauer abgelaufen ist.*

*Der Festwert wird im Anlagevermögen aktiviert und wird in den folgenden Jahren nicht abgeschrieben. Stattdessen werden die jährlichen Ersatzbeschaffungen nicht aktiviert, sondern als Aufwand gebucht.*

*Gemäß der DrS/2020/205 wurden mehr Festwert-Möbel angeschafft als im Planansatz vorsehen waren, daher ergaben sich überplanmäßige Aufwendungen. Da es sich hier um Aufwand handelt, ist eine Verrechnung mit den übertragenen investiven Mitteln nicht möglich.*

#### Rettungswache Bornhöved, übertragene Mittel in Höhe von 786.500 €

*Die Rettungswache Bornhöved ist noch im Besitz des Kreises Segeberg. Es soll eine Erweiterung der Rettungswache auf zwei Stellplätze erfolgen. Dies wurde in 2019 nicht realisiert, daher wurden die investiven Mittel übertragen. RKiSH und FD 11.60 Technisches Gebäudemanagement sind noch in der Abstimmung zur weiteren Umsetzung. Davon abhängig ist dann auch die Verwendung der investiven Mittel.*

#### **Beschlussvorschlag:**

- a) Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2019 des Kreises Segeberg wird zur Kenntnis genommen.
- b) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt den Jahresabschluss 2019 mit der am 08.04.2020 aufgestellten Abschlussbilanz des Kreises Segeberg zum 31.12.2019 mit einer Bilanzsumme von 283.876.402,48 EUR sowie einem Eigenkapital in Höhe von 79.649.685,92 EUR sowie den Lagebericht.
- c) Der Hauptausschuss empfiehlt, der Kreistag beschließt folgende Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 10.697.542,72 EUR:

Zuführung zur Allgemeine Rücklage	8.043.265,20 EUR
Zuführung zur Ergebnizrücklage	2.654.277,52 EUR

Daraus ergeben sich folgende neuen Rücklagenbestände:

Allgemeine Rücklage	59.886.981,89 EUR
Ergebnizrücklage	19.762.704,03 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

	<b>Zustimmung</b>	<b>Ablehnung</b>	<b>Enthaltung</b>	<b>Anwesende</b>
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>			<b>12</b>

**zu 4 Berichte/Informationen**

**zu 4.1 Sachstand August 2020 über die Abarbeitung der "Kontroll-Liste" zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung des Kreises Segeberg für die Jahre 2016/2017, 2014/2015, 2012/2013  
Vorlage: DrS/2020/202**

Der Kreispräsident weist darauf hin, dass unter Punkt 13.4 stehe, dass durch KT Beschluss eine neue Regelung getroffen wurde. Die Entscheidung sei jedoch bis zu den Haushaltsberatungen zurückgestellt worden.

**zu 4.2 Bericht über die OZG-Referenzprozesse im Fachbereich Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit  
Vorlage: DrS/2020/165**

Der Landrat teilt mit, dass es im Oktober eine Öffentlichkeitsveranstaltung zu den OZG-Anträgen mit Minister Albrecht geben werde. Danach werden diese freigeschaltet. Als nächstes sei geplant, die digitale Bauakte als Musterprozess in Schleswig-Holstein zu etablieren.

**zu 4.3 Bericht über die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft des Kreises Segeberg mbH (WKS) für die Wirtschaftsjahre 2015 - 2019  
Vorlage: DrS/2020/185**

Herr Köppen dankt dem Rechnungsprüfungsamt für den Bericht und stellt fest, dass es deutliche Verbesserungen im Vergleich zu den Vorjahren bei der WKS gegeben habe.

**zu 5 Verschiedenes**

**zu 5.1 Anfragen**

Herr Evermann möchte wissen, welche Prozesse bezüglich des fehlgeschlagenen bundesweiten Warntags geplant seien. Der Landrat erklärt, dass die Verwaltung die Fragestellung bereits aufgenommen habe und die Möglichkeiten geprüft werden. Dieses sei jedoch extrem aufwendig und es würden hohe Kosten entstehen.

Frau Grote erkundigt sich, warum Privatpersonen drei Wochen auf einen Termin bei der KFZ-Zulassungsstelle warten müssten. Der Landrat stellt dar, dass nicht in jedem Fall so eine lange Wartezeit gegeben sei. Jeden Abend würden freigewordene Termine wieder online gestellt. Richtig sei, dass nach wie vor ein Termin notwendig sei und Termine jeweils für die nächsten drei Wochen freigeschaltet seien. Die Anzahl der Antragsbearbeitungen in der KFZ-Zulassungsstelle sei inzwischen wieder fast auf dem Niveau wie vor der Corona-Pandemie.

**zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung**

Der Landrat kündigt einen Bericht zur erfolgten Mitarbeiterbefragung durch die AOK an.

Auf Nachfrage von Frau Grote erklärt Frau McGregor, dass es nicht möglich sein wird, den Quartalsbericht mit Stichtag 2.10. zum nächsten Hauptausschuss am 29.10.2020 vorzulegen. Sie verspricht, diesen nach Fertigstellung schnellstmöglich in Allris einzustellen, damit dieser für die Haushaltsberatungen hinzugezogen werden könne.

**zu 6 Einwohnerfragestunde II**

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Doris Grote  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger  
(Protokollführung)